

**Antrag des Synodalen Lomberg zum Umgang mit der Hinwendung zu rechtspopulistischen Parteien**

Die Landessynode möge beschließen:

- I. Die Demokratie ist ein hohes Gut, das es zu fördern und weiterzuentwickeln gilt.
- II. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland steht für aus dem Glauben an Gott und Jesus Christus und vom Heiligen Geist bestimmte Werte. Diese Werte sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit das Miteinander aller Menschen in Ihrer Unterschiedlichkeit wichtig.
- III. Es gilt, diese Werte kontinuierlich und verlässlich in die Gesellschaft und die politischen Prozesse einzubringen.
- IV. Das Landeskirchenamt wird gebeten, diesen Prozess anzustoßen und die Gemeinden dabei zu unterstützen. Dazu sollen verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung geprüft werden, wie die Nutzung der Sozialen Medien, das Sammeln und einfache Zugänglichmachen von Projekten, die Gemeinden schon ausprobiert haben. Dazu kann auch eine regelmäßige Rubrik in EKM-Intern eingeführt werden.
- V. Die Beauftragten bei der Landesregierung und das Amt für Gemeindedienst werden gebeten, sich in diesen Prozess einzubringen.

Begründung:

Die Wahlen am 13. März haben besonders deutlich gezeigt, wie Menschen reagieren, wenn sie sich von Menschen, die die politischen Prozesse gestalten, mit ihren Sorgen, Nöten und Interessen nicht mehr ernstgenommen fühlen.

Es darf sich nicht fortsetzen, dass Parteien und Vereinigungen mit ihren Parolen dieses Vakuum füllen und diesen Menschen vorgaukeln, ihnen Verständnis entgegenzubringen und eine politische und menschliche Heimat bieten zu wollen.

Wir sind als Christen, Gemeinden und Kirche hier in Mitteldeutschland dadurch deutlich herausgefordert. Diese Herausforderung besteht nicht nur in der Zeit kurz vor den Wahlen, sondern ständig. Wir haben eine wichtige Botschaft, die beste Botschaft der Welt und Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, nicht umsonst haben Sie Eingang in die Verfassung von Bund und Ländern gefunden. In Schleswig-Holstein wird das Ansinnen verfolgt, in die Verfassung einen Gottesbezug aufzunehmen.

Die augenblickliche politische Lage birgt ein deutliches Potential, die Gesellschaft zu spalten und den Konsens eines gedeihlichen und fürsorglichen Zusammenlebens zu gefährden. Die Politik hat es versäumt und versäumt es auch jetzt, sich hiergegen uneigennützig zu stellen.

Es ist an der Zeit, dass die Menschen in unseren kirchlichen und kommunalen Gemeinden in uns jemand finden, der ihren Ängsten und Sorgen nicht mit einfachen Parolen begegnet, sondern ihnen wirklich zuhört und mit ihnen gemeinsam an Lösungen arbeitet. Dabei geht es nicht darum, Politik zu machen.

Die offenen Kirchen sind ein Anfang dazu, vor allem, wenn sich nicht nur die Gebäude, sondern auch unsere Ohren und Herzen öffnen.

Das kann zu schwierigen Dialogen führen, dazu brauchen die Gemeinden nicht pädagogische Zeigefinger, sondern Unterstützung, wo sie nachgefragt wird.

Gleichzeitig müssen wir einen intelligenten Dialog mit den Politikerinnen und Politikern ausbauen und die Menschen unserer Gesellschaft, insbesondere diejenigen, die sich von der Politik nicht angenommen meinen, mit ihnen zusammenzubringen.

In unserem Wahlaufruf 2009 hieß es am Schluss: „Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.“

Bitte lassen uns dies jetzt gemeinsam verstärkt und vielfältig tun und uns davon erzählen!